

Biographische Skizze

August Otto Creutzburg (1892–1941). Der Lebensweg eines deutschen Kommunisten

Martin Creutzburg

August Creutzburg wurde am Sonntag, dem 6. März 1892, in Fischbach bei Waltershausen in Thüringen als dritter Sohn des Tischlergesellen Alfred Paul Luis Creutzburg und seiner Ehefrau Karoline, einer Zimmermannstochter, geboren. Die Zahl der Kinder wuchs bis 1905 auf zehn an. Wilhelm, Fritz, August, Minna, Karl, Paul, Ernst, Otto, Richard und Friedel mußten, um einigermaßen existieren zu können, schon frühzeitig durch Heimarbeit zum Lebensunterhalt beitragen. Sie fertigten Knöpfe und Spielzeug an und fuhren Brot und Zeitungen aus. Hinzu kam, daß der Vater infolge seiner politischen Einstellung, er war Sozialdemokrat und Gewerkschaftsfunktionär, fast überall gemaßregelt wurde. So blieb es nicht aus, daß die Familie oft den Wohnort wechseln mußte. Wenn der Vater eine neue Arbeit gefunden hatte, zog die Familie hinterher. August besuchte die Volksschule in Cabarz und Großtabarz, anschließend absolvierte er eine Lehre als Maler und Lackierer und ging, wie es zu dieser Zeit noch üblich war, bis 1912 auf Wanderschaft.

Das politische Engagement des Vaters und die ärmlichen Lebensumstände der Familie beeinflussten die weitere politische Entwicklung der Familienmitglieder wesentlich. Die Geschwister wurden später fast alle Mitglieder der SPD, USPD und KPD. So wurde auch August, wie sein älterer Bruder Fritz, im Mai 1908 Mitglied der SPD. Er trat im Mai 1909 in die Gewerkschaft ein, in den Verband der Maler, Lackierer, Tüncher und Weißbinder. Von 1914 bis 1918 war er Soldat im Ersten Weltkrieg - für Kaiser Wilhelm und das „deutsche Vaterland“. Wilhelm Creutzburg, der älteste Bruder, ließ 1916 mit 28 Jahren sein junges Leben im Krieg. In Mühlheim an der Ruhr hatte August im Jahre 1916 Kontakt zu Spartakisten bekommen, die Antikriegspropaganda in den Schützengraben und hinter der Front betrieben. Dies, die eigenen Fronterfahrungen und die stete Genehmigung der Kriegskredite durch die SPD führten dazu, daß er 1917 zu den Mitbegründern der USPD in Thüringen gehörte.

Noch während des Krieges wurde er im Jahre 1915 mit Elsa Lina Blum kriegsgetraut. Aus der Ehe ging am 2. Mai 1922 ein Zwillingsspärgchen hervor: der Sohn Karl Spartakus und die Tochter Sonja. August wurde im Mai 1918 als Offiziersstellvertreter wegen Verteilung von Spartakusmaterial vor ein Kriegsgericht gestellt, aber mangels Beweisen freigesprochen. Ins Feld mußte er, am linken Oberschenkel schwer verwundet, danach nicht mehr. Die Amputation blieb ihm

dank eines guten Arztes erspart. Das Kriegsende erlebte er im Lazarett. Dort wurde er auch in den Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Bis zum 1. Mai 1920 arbeitete er dann als Lackierer in der Waggonfabrik Gotha und war bis zu seinem Ausscheiden Betriebsratsvorsitzender. Dort begann auch seine Laufbahn als Politiker und Parteifunktionär. Anfang Dezember 1918 wurde er auf dem Landesparteitag der USPD im Freistaat Gotha zum Landes-Parteivorsitzenden gewählt. Die USPD war dort eine starke Partei mit rund 24.000 Mitgliedern.

Die Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920 durch die einzig handelnde Arbeiterklasse war ein Höhepunkt des Klassenkampfes in Deutschland. Im Raum Gotha nahmen die Kämpfe ein bedeutendes Ausmaß an. Bei der Befreiung Gothas von den Kapp-Putschisten wurde aus der Ohrdruffer Kampffront die erste Thüringer Volkswehr mit ca. 6.000 Kämpfern gebildet. Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates mit August Creutzburg, Hermann Duncker, Otto Geithner u.a. stellte sich an die Spitze des Kampfes. August Creutzburg und Otto Geithner fuhren nach Zella-Mehlis und alarmierten die Arbeiter, es wurden fünf Hundertschaften und eine Panzerwagenbrigade zusammengestellt. Dazu kamen Arbeitertrupps aus Suhl und verschiedenen anderen Orten. August Creutzburg war vom 15. bis 19. März 1920 Oberkommandierender dieser I. Volksarmee Thüringens, die am 18. März 1920 alle befestigten Punkte der Reichswehr in der Stadt Gotha im Sturmangriff zurückeroberte.

Deutlich zeigten sich hier wesentliche Charaktereigenschaften von August Creutzburg: Mut, Rede- und Organisationstalent, Entschlußkraft zum schnellen Handeln. Den bewaffneten Arbeitern gelang es, die Polizei, zwei Infanterieregimenter und ein Artilleriebatallion zu entwaffnen. Am 12. April erschien eine offizielle Erklärung der Reichsregierung: „Die Verhältnisse in Gotha haben es erforderlich erscheinen lassen, unter Verhängung des Ausnahmezustandes nach Sachsen-Gotha einen Reichskommissar zu entsenden.“ Nun wurden per Reichsexekution die gewählte USPD-Regierung des Freistaates nach Paragraph 48 der Weimarer Verfassung einfach abgesetzt und unter Terrorbedingungen Neuwahlen verfügt. Erst Mitte Juni wurde der Ausnahmezustand aufgehoben.

Nach dem Einmarsch der Regierungstruppen mußte August fliehen. Wie erzählt wird, stellte er sich tollkühn neben den eigenen Steckbrief und sprach mit den Leuten darüber: der Gesuchte sei wahrscheinlich immer noch nicht gefunden. Nach einer Amnestie kehrte er zurück und nahm ab 2. Mai 1920 seine Tätigkeit als hauptamtlicher Parteisekretär der USPD in Jena auf. Er setzte sich für den Zusammenschluß der USPD mit der KPD ein. Als Delegierter des außerordentlichen Parteitags der USPD vom 12. bis 17. Oktober 1920 in Halle stimmte August Creutzburg für die Vereinigung mit der KPD und den Anschluß an die Kommunistische Internationale. Er wandte sich gemeinsam mit Emil Höllein und der erweiterten Gebietsleitung an die Mitglieder der USPD und rief auf, bei der Urabstimmung am 30./31. Oktober für die Anerkennung der Parteitagsbeschlüsse, für den Beitritt zur III. Internationale und damit gegen die Minderheit um

Ledebour-Crispien zu stimmen.¹ Zwei Monate später fand vom 4. bis 7. Dezember 1920 in Berlin der Vereinigungsparteitag der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund) zur VKPD statt, an dem August Creutzburg als Delegierter des Bezirks 13 (Thüringen) teilnahm.

Nach der Besetzung von Teilen des Ruhrgebietes durch die Truppen der Entente kam es zu Beginn des Jahres 1921 zu Streiks, insbesondere in Mitteldeutschland. Die Sicherheitspolizei besetzte auf Befehl des sozialdemokratischen Oberpräsidenten der preußischen Provinz Sachsen, Hörsing, in Absprache mit dem preußischen SPD-Innenminister Severing die Reviere um Eisleben und Merseburg. Die Führung der VKPD überschätzte den Einfluß der Partei und wollte auf der Basis der „Offensivtheorie“ selbst in die Offensive gehen. So kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die mit einem Blutbad endeten.

Die „Märzaktion“ führte zu einer schweren Krise in der Führung der VKPD. Es bildete sich eine Opposition in der Zentrale. Zwar wurde die „Offensivtheorie“ auf dem III. Kongreß der KI wieder zurückgenommen, aber ihr schärfster Kritiker Paul Levi war aus der KPD ausgeschlossen worden. Im April 1921 setzte die Zentrale der KPD Walter Ulbricht als kommissarischen Landessekretär für den Parteibezirk Großthüringen mit Sitz in Erfurt ein. Im November wurde das Büro nach Jena an den Lutherplatz 7 verlegt, wo August Creutzburg sein Büro als Unterbezirkssekretär hatte. Bei der Begründung für diesen Umzug spielte laut offizieller Geschichtsschreibung der SED die innerparteiliche Diskussion um die „Offensivtheorie“ eine große Rolle. Die „Aufräumarbeit“ von Walter Ulbricht bewirkte, daß der nächste Parteitag in Jena veranstaltet wurde. Er selbst reiste mit der KPD-Delegation nach Moskau zum IV. Weltkongreß der KI. Auf dem 7. Parteitag der VKPD in Jena vom 22. bis 26. August 1921 war August Creutzburg nicht nur Delegierter, sondern auch einer der vier Schriftführer.²

Das Jahr 1923 war für die Entwicklung in Deutschland ein überaus geschichtsträchtiges Jahr. Die Inflation strebte dem Höhepunkt entgegen. Am 11. Januar besetzte Frankreich das Ruhrgebiet und trennte es durch Zollschränken vom übrigen Deutschland. Es kam zu Streiks im Ruhrgebiet, in Schlesien, aber auch in Berlin. Die Regierung Cuno wurde am 12. August 1923 durch einen Generalstreik gestürzt. Unter Einbeziehung der SPD wurde in Berlin die Regierung Stresemann gebildet, Anfang Oktober entstanden in Sachsen und Thüringen linke Koalitionsregierungen.

Am 20. Oktober beschloß die Zentrale der KPD, immer noch der „Offensivtheorie“ anhängend und wiederum in Verkennung der realen Kräfteverhältnisse, den Aufruf zum sofortigen Generalstreik in Deutschland und den anschließenden bewaffneten Aufstand. Die Chemnitzer Konferenz der sächsischen Regierung mit Betriebsräten und Gewerkschaften aber zeigte, daß die Losung - sofortiger Beginn des Generalstreiks - nicht real war. Daraufhin wurde der Beschluß der KPD-Zentrale rückgängig

1 Siehe Neue Zeitung für Mittelthüringen, 22. und 26.10.1920.

2 Siehe 7. Parteitag, Jena, 22.-26.8.1921, Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch), RY 1/I 1/1/11, Bl. 2.

gemacht, aber in Unkenntnis dessen begann am 23. Oktober der „Hamburger Aufstand“, der am 25. Oktober abgebrochen werden mußte, weil es keine weitere Unterstützung gab.

Am 21. Oktober marschierte die Reichswehr in Sachsen ein, dabei gab es in Freiberg 42 Tote. Der Reichskanzler Stresemann als ehemaliger Syndikus des Verbandes der sächsischen Industrie hatte für die Klagen der sächsischen Industriellen über die „kommunistische Gefahr“ in Sachsen ein offenes Ohr und setzte am 29. Oktober die linke Koalitionsregierung Erich Zeigner ab. Reichspräsident Ebert (SPD) entthronte den SPD-Ministerpräsidenten rechtswidrig seines Amtes und setzte Rudolf Heinze von der DVP als Reichskommissar ein. Die bayerischen konservativen und faschistischen Putschisten in der „Ordnungszelle Bayern“ ließ man hingegen gewähren. Eine Woche später marschierte die Reichswehr auch in Thüringen ein, und am 5. November wurde die linke Koalitionsregierung abgesetzt. Die kommunistischen Regierungsmitglieder mußten fliehen. Wie stark sich die reaktionären Kräfte schon wieder fühlten, die mit der „Dolchstoßlegende“ alle Militaristen und Nationalisten um sich scharten, zeigte der 9. November 1923. Hitler verkündete in München die „Nationale Revolution“ und plante - nach Mussolinis Vorbild des Marschs auf Rom - den Marsch auf Berlin. Der Putsch scheiterte, Hitler wurde verhaftet und konnte unter Luxusbedingungen auf der Festung Landsberg „Mein Kampf“ zu Papier bringen. Die Ereignisse boten Anlaß, die KPD am 23. November 1923 zu verbieten, erst am 1. März 1924 wurde das Verbot wieder aufgehoben.

In dieser schwierigen Zeit war August Creutzburg Sekretär des Unterbezirks Jena der VKPD. Gemeinsam mit Karl Korsch, Paul Dietrich, Walter Ulbricht u.a. war er Delegierter des Bezirks Thüringen zum 8. Parteitag der KPD vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 in Leipzig. Der 8. Parteitag stand vor der schwierigen Aufgabe, die widerstreitenden Flügel der Partei zum Konsens zu führen. Arbeiterregierung als Mittel, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, oder Arbeiterregierung, wie Sinowjew sie verstand, als Pseudonym für die Diktatur des Proletariats, d. h. lediglich als agitatorische Finte, Einheitsfront als Methode der Agitation und Mobilisierung der Massen gegen die Sozialdemokratie.³ August Creutzburg stimmte auf dem Parteitag mit der linken Gruppe und wurde kurze Zeit darauf, als die Gefahr bestand, daß der ganze Bezirk Thüringen zur Linken gehen würde, von Heinrich Brandler gemaßregelt: Er wurde als Landesvorsitzender zum 1. April 1923 abberufen, mit einer „Rüge“ belegt und in einen anderen Bezirk versetzt.

Die Zentrale hatte mit dem Bezirk Thüringen offensichtlich große Probleme. Davon zeugt ein außerordentlich rascher Wechsel der Sekretäre bis 1925: Kant, Klein, Dietzel, Roscher, Karge, Tittel, Bischoff, Schwarz, Neubauer, Dahlem, Thiede, Florin. Aus dem Schriftverkehr der Zentrale ist ersichtlich, daß man August Creutzburg in das Erzgebirge „wegdelegierte“. In einem Schreiben der Zentrale⁴ teilte man der Bezirksleitung Erzgebirge/Vogtland kurzerhand mit, August

³ Siehe Jahrbuch für Politik und Wirtschaft der Arbeiterbewegung 1923-1924, S.5f.

⁴ Siehe Schreiben der Zentrale an die BL Erzgebirge/Vogtland, 26.3.1923, SAPMO BArch, RY 1/1 3/9/80, Bl. 11.

Creutzburg werde dort ab 1. April 1923 seine Tätigkeit aufnehmen. Vom 3. April bis zum 1. Juni 1923 war August im Bezirk Chemnitz Wanderredner auf verschiedenen Parteiveranstaltungen. Auf Grund seines Rednertalents wurde er bald wieder hauptamtlicher Funktionär.

Am 1. Juni 1923 trat August Creutzburg seinen Posten als Organisationssekretär des Bezirks Magdeburg-Anhalt an. Am 29. März 1924 kam es in der Bezirksleitung zwischen der Politischen Leiterin des Bezirks Magdeburg-Anhalt, Erna Halbe, und August Creutzburg zu heftigen Auseinandersetzungen, die schon auf dem Bezirksparteitag am 2. März begonnen hatten. Schließlich wurde Creutzburg zum neuen politischen Leiter gewählt. Im gleichen Jahre vertrat er zum ersten Mal als Spitzenkandidat des Wahlbezirks 10 (Magdeburg) die KPD im Reichstag.⁵

Von Mai 1924 bis Mai 1928 (II. und III. Wahlperiode) war August Creutzburg Mitglied des Reichstags und dort im Reichshaushalts-Hauptausschuß für Fragen der Rüstungspolitik und des Militäretats tätig. In der 18. Sitzung am 25. Juli 1924 hielt er seine Jungfernrede zum Gesetz über die „Naturalleistungen für die bewaffnete Macht“, das von der KPD abgelehnt wurde.⁶

Als August Creutzburg am 2. September 1924 in der Bezirksleitungssitzung in Magdeburg erklärte, daß er nach Hamburg versetzt werden soll, waren die Anwesenden damit nicht einverstanden. Im Protokoll der Sitzung vom 9. September 1924 heißt es: Sie „haben bei der Zentrale schärfsten Protest gegen die Versetzung des Gen. Creutzburg eingelegt. Gen. Thälmann erklärte uns, daß Hamburg wichtiger als Magdeburg sei und es sehr wenige gute Sekretäre in Deutschland gäbe.“ Die Neubesetzung in Hamburg war erforderlich, weil der bisherige Politleiter der KPD Wasserkante Hugo Urbahns gemeinsam mit vielen anderen nach dem „Hamburger Aufstand“ verhaftet und mit mehrjähriger Festungshaft bestraft worden war. Über 500 Funktionäre waren in Haft, etliche waren ins Ausland geflohen. Die KPD war verboten worden, und die Unternehmer nutzten diese Möglichkeit sofort zur Entlassung aller kommunistischen „Querulanten“. Viele KPD-Mitglieder wurden arbeitslos. August Creutzburg wurde Anfang September 1924 Politischer Sekretär der Bezirksleitung Wasserkante und blieb es bis zum 8. September 1925.

Innerhalb der Partei entstanden bei der Suche nach den Ursachen der „Oktoberniederlage“ unterschiedliche Strömungen. Die bisherige Führung um Brandler war, man könnte sagen, in Moskau „kominterniert“ worden. Sie galten nun als „Rechte“. In der KPD gab es außerdem noch eine sogenannte Mittelgruppe um Hugo Eberlein, Ernst Meyer, Hermann Remmele, Wilhelm Pieck, Ernst Schneller und die Linken, zu denen auch Ernst Thälmann gehörte. Thälmann war häufig in Hamburg und stellte die Forderung auf, die KPD müsse eine bolschewistische Massenpartei werden. Man wollte die Einheitsfront der Arbeiterschaft - aber nur von unten - und die Förderung der Betriebsrätebewegung. Das war nicht einfach, da in

5 Siehe Reichstagswahl 1928, SAPMO BArch, RY 1/I 2/703/ 21, Blatt 1, 11.

6 Siehe Protokolle, Reichstag, III. Wahlperiode, Bd. 381, Berlin 1924, S.628.

7 Protokoll der Sitzung der BL Magdeburg-Anhalt am 26.3.1923, SAPMO BArch, RY 1/I 3/ 12/ 6, Bl. 81.

der KPD eine starke antigewerkschaftliche Stimmung herrschte. Die KPD war im Bezirk Wasserkante auf die Werft- und Hafentarbeiter konzentriert, in anderen Industriezweigen war die KPD hier schwächer. Der Umgangston in der KPD war entgegen der stalinistischen Mythenbildung in der SED-Geschichtsschreibung rauh. Mit Beschuldigungen der „Rechts-“ oder „Links“-Abweichung, der Unterschlagung, der Korruption usw. war man schnell bei der Hand. Schiedskommissionen hatten die Auseinandersetzungen zu schlichten. Ihren Beitrag zur Abwertung demokratischer Spielregeln wie Wählbarkeit, Rechenschaftslegung und Kontrolle leisteten die Bedingungen der konspirativen Arbeit, unter denen die KPD zeitweilig arbeiten mußte.

Nach dem Tode Lenins im Jahre 1924 begannen in der KPR(B) die Fraktionskämpfe, die für die anderen kommunistischen Parteien verhängnisvolle Folgen hatten. Brandler und Thalheimer wurden von der Komintern für vier Jahre nach Moskau berufen, um sie von der KPD zu entfernen. So konnte auf dem illegalen 9. Parteitag der KPD vom 7. bis 10. April 1924 in Frankfurt am Main eine neue Führung unter Ruth Fischer, Werner Scholem und Arkadij Maslow gewählt werden. Auch Ernst Thälmann kam als „Linker“ mit in die neue Führung. August Creutzburg war auf diesem Parteitag gemeinsam mit Erich Besser Delegierter des Bezirks 12 - Magdeburg-Anhalt.⁸ Die sogenannte Mittelgruppe um Hermann Remmele konnte sich mit ihren Vorschlägen zur Arbeit in den Gewerkschaften und zur Organisationsarbeit nicht durchsetzen. Trotzdem kamen mit Hugo Eberlein, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele und Ernst Schneller Vertreter dieser Gruppe in die Zentrale, die von den „Linken“ Ernst Thälmann, Ruth Fischer, Werner Scholem, Arthur König, Max Schütz, Arthur Rosenberg, Paul Schlecht, Ottomar Geschke, Iwan Katz, Wilhelm Florin und Arkadij Maslow dominiert wurde. Auch August Creutzburg stimmte für die Resolution Fischer-Thälmann gegen die der Mittelgruppe.⁹

Unter der Flagge der Bekämpfung der „Rechten“ um Brandler und Thalheimer wurde mit der Entfernung von Mißliebigen aus allen Gremien und Leitungsorganen der Partei begonnen. Der Schwenk nach „links“ bedeutete Ablehnung der Gewerkschaftsarbeit. Parlamentarische Arbeit wurde lediglich zur „Entlarvung“ der SPD betrieben, Zusammenarbeit mit der SPD grundsätzlich abgelehnt, da die KPD die „einzige Arbeiterpartei“ Deutschlands sei. Die Folgen sind aus der sinkenden Mitgliederzahl der KPD ablesbar. Hatte die KPD im Januar 1923 noch 218.555 Mitglieder, waren es im Juli 1925 nur noch 114.204.¹⁰ Damit war die KPD an einem Tiefpunkt angelangt. In ihr setzte sich mit dem wachsenden Einfluß Stalins das Prinzip der kritiklosen Ergebenheit der Mitglieder gegenüber der jeweiligen Parteilinie durch. Damit verbunden waren Gesinnungsschnüffelei und Hinaus-

8 Siehe 9. Parteitag der KPD, 7.-10.4.1924 (illegal) in Frankfurt am Main, Anwesenheitsliste und Vermerk, SAPMO BArch, RY 1/I 1/18, Bl. 39, 207.

9 Siehe Abstimmungsprotokoll, ebenda, Bl. 20.

10 Siehe Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands; Berlin 1969, Bd. 1, S.257, Bd. 2, S.25.

drängen alternativen marxistischen Denkens. „Säuberung“ galt als Mittel der „Stärkung der Einheit der Partei“.

Auf dem 10. Parteitag der KPD vom 12. bis 17. Juli 1925 in Berlin war August Creutzburg Delegierter des Bezirks Wasserkante. Er wurde für seinen Bezirk in die politische Kommission des Parteitags unter Vorsitz Ruth Fischers gewählt. In seiner Diskussionsrede polemisierte August Creutzburg gegen den „ultralinken“ Hans Weber aus der Pfalz sowie Werner Scholem und Arthur Rosenberg und erklärte namens des Bezirks Wasserkante das Einverständnis mit Resolution und Thesen des Parteitags.¹¹ Er stellte fest, daß sich die KPD seit dem Frankfurter Parteitag zwar gefestigt habe, aber eine gewisse Isolierung von breiten Schichten des Proletariats eingetreten sei. Das EKKI versandte im August 1925 an alle Organisationen und Mitglieder der KPD einen „Offenen Brief“, in dem die Fehler der KPD unter der Führung der Gruppe Fischer-Maslow angeprangert wurden. Mit der Parteikonferenz der KPD Ende Oktober/Anfang November 1925 wurde die Auseinandersetzung für beendet erklärt und Thälmann zum neuen Vorsitzenden der KPD gewählt.

Die neu etablierte Führung unter Thälmann war de facto von der Komintern/KPdSU(B) installiert. Dies konnten die Mitglieder der KPD so nicht erkennen, da man den „Proletarier“ Thälmann den „Intelligenzlern“ um Fischer und Maslow gegenüberstellte. Im September 1925 wurde August Creutzburg durch die Zentrale vom Bezirk Wasserkante in den Bezirk Niederrhein versetzt. Er war dort ab Oktober 1925 als Politsekretär tätig. Seit dem 31. Januar 1926 war August Creutzburg gleichzeitig Vorsitzender der Gauleitung Niederrhein des Roten Frontkämpferbundes. Sein Vorgänger als Politleiter, Philipp Dengel, war auf dem 10. Parteitag im Juli in das ZK gewählt worden. August Creutzburg wurde im Oktober 1926 von diesem Posten durch eine Intrige „abgesägt“. Es hieß, er habe keine Fortschritte erreicht und gegen Theodor Neubauer intrigiert. Die Intrige war in Wahrheit jedoch gegen ihn gesponnen, um ihn in der Bezirksleitungssitzung am 17. Oktober 1926 abzusetzen. Er hatte sich bei Beginn seiner Tätigkeit als politischer Sekretär beim ZK über das unkoordinierte Vorgehen des Vertreters des ZK, Philipp Dengel, beschwert, der auch nicht zögerte, Creutzburg am 24. Oktober 1925 auf dem Bezirksparteitag Niederrhein unverzüglich anzugreifen. Zur gleichen Zeit wurde der jüngste der Brüder Creutzburg, Richard, Mitglied der Zentrale des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands und Jugendleiter des Bezirks Mittelrhein, damals 20 Jahre alt, als „rechte Gefahr“ bezeichnet. Anlaß war sein Artikel in der Zeitung „Sozialistische Republik“, Köln, unter der Überschrift „Für die Linie der Komintern“, in der er die Arbeit der Bezirksleitung Mittelrhein kritisierte. Der „rechte Abweichter“ wurde als Jugendleiter abgelöst.¹²

Fritz Schulte, seit dem 11. Parteitag im März 1927 Mitglied des Zentralkomitees, von 1929 bis 1935 auch Mitglied des Politbüros (er wurde am 7. April 1941 in der

¹¹ Siehe Bericht über die Verhandlungen des 10. Parteitages der KPD, Berlin vom 12. bis 17. Juli 1926, Berlin 1926, S.375-378.

¹² Siehe Martin Creutzburg: Richard Creutzburg, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2003, H. 1, S.128f.

Emigration von Stalins Schergen zu acht Jahren Haft verurteilt und kam im Lager um) war damals Leiter der Agit-Prop-Abteilung der Bezirksleitung Niederrhein. Er schrieb am 20. Oktober 1926 an das ZK: „Ich muß mich [...] ganz entschieden gegen die Methoden wenden, mit denen man in der Sitzung der Bezirksleitung den Genossen [August] Creutzburg erledigt hat. [...] Als der Genosse Creutzburg das Erbe des Genossen Dengel in unserem Bezirke antrat, stand er keineswegs vor einer leichten Aufgabe. [...] Man] kann man sehr wohl den Beweis dafür erbringen, daß es sich bei dem Vorstoß gegen Creutzburg um eine gut vorbereitete Sache handelte. [...] Es sind dies dieselben Methoden, die seinerzeit nach 23, wo die Partei unter dem Belagerungszustand stand, von dem Genossen Dengel mit Hilfe seiner Auserwählten zum größten Schaden der Partei angewandt wurden.“ „Ich bin der Auffassung, daß die Ultralinken unseres Bezirks die Abberufung des Genossen Creutzburg und die Wahl des Genossen Neubauer als eine Konzession betrachten werden, weil Creutzburg doch bei ihnen der bestgehaßte Mann war.“¹³ In der 1970 im Dietz Verlag vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegebenen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Biographisches Lexikon“ heißt es dazu: August Creutzburg gehörte zu den ultralinken Kräften der KPD und wurde deshalb von seiner Funktion in der Bezirksleitung Niederrhein abgelöst. So wurde „wissenschaftlich“ eine Lüge konserviert.

Ende Oktober wurden die Beschlüsse der erweiterten Bezirksleitungssitzung durch das Politbüro bestätigt. Der von Creutzburg bei Dengel mündlich beantragte Urlaub wurde genehmigt, doch Creutzburg wurde noch im sächsischen Wahlkampf benötigt. In einem Brief vom 26. November 1926 an Fritz Schulte schrieb August Creutzburg: „Zum Schluß stelle ich doch fest, daß ich mich trotz der schamlosen Methoden meiner Absägung im Interesse der Partei stillschweigend gefügt habe.“¹⁴

Nach seiner Entlassung als Politleiter war Creutzburg bis zum Jahre 1928 faktisch Sonderbeauftragter des Zentralkomitees zur „Liquidierung der Ultralinken“ in KPD-Bezirksleitungen, sozusagen der Feuerwehrmann der Zentrale. Die KPD gab die Zeitung „Der Reichswehrsoldat“ heraus, die sich an die Reichswehrsoldaten wandte. 1927 wurde dieses „Organ für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Soldaten und für proletarische Heeresfragen“, in „Die Reichswehr“ umbenannt. Verantwortlich für Verlag und Inhalt war August Creutzburg. Sie erschien bis Ende 1931.

August Creutzburg nahm am Essener Parteitag der KPD vom 2. bis 7. März 1927 teil.¹⁵ Hauptthemen in Essen waren die Verteidigung der UdSSR und die Revolution in China. Der Parteitag stellte die relative Stabilisierung des Kapitalismus in der Welt fest. Wichtiges Thema war, wie immer, die Frage der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Man folgte der KI und sah die linken Führer der SPD als Hauptgegner an. Vom 17. August bis Ende 1927 war August Creutzburg in der

13 Brief Fritz Schultes an das ZK, 20.10.1926, SAPMO BArch, RY 1/I 3/20/ 23, Bl. 27-31.

14 Brief von Creutzburg an Schulte, 26.11.1926, ebenda, Bl. 49f.

15 Siehe 11. Parteitag der KPD, Essen 2.-7. März 1927, Anwesenheitsliste, SAPMO BArch, RY 1/I 1/ 1/24, Bl. 328.

Bezirksleitung Saargebiet tätig und wurde dort zum Politsekretär gewählt. Die Polizei genehmigte einen vorläufigen Aufenthalt von August Creutzburg zunächst für einen Monat, denn das Saargebiet war noch für 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt. Creutzburg berichtete am 12. August 1927 an die Zentrale, er schreibe täglich einen politischen Artikel und einige politische Notizen für die Arbeiterzeitung „Der Berichterstatter der Mannheimer Zeitung im Saargebiet“, die man von Mannheim aus im Saargebiet verteilte. Die „Arbeiterzeitung“ im Saargebiet war verboten worden und der Redakteur verhaftet. So arbeitete August für drei: den Redakteur, den Orgsekretär und den Politleiter.

Creutzburg stellte fest, daß der größte Teil der Arbeiterschaft entgegen den Erklärungen in der kommunistischen Presse nicht an eine unmittelbare Kriegsgefahr und an einen Angriff auf Sowjetrußland glaubte. Er schrieb an die Zentrale: „Die Bezirke beschwerten sich über die Vielzahl der Kampagnen, die jeweiligen Sekretäre sind schwach und müssen dringend geschult werden.“ Er forderte die Verstärkung der Werbearbeit, um die Mitgliederzahl der Partei wesentlich zu erhöhen.¹⁶ Seine Tätigkeit im Saargebiet war offensichtlich erfolgreich. Auf der Sitzung der Bezirksleitung am 26. September 1927 wurde fixiert: „Creutzburg soll unbedingt im Saargebiet bleiben, der ständige Sekretärswechsel bei komplizierter Lage im Saargebiet ist untragbar.“¹⁷ Am 4. Januar 1928 setzte ihn das ZK jedoch kommissarisch als Politsekretär der Bezirksleitung Pfalz ein, um dort die innerparteilichen Auseinandersetzungen mit der starken ultralinken Opposition zum Abschluß zu bringen.

In der Pfalz organisierte August Creutzburg an einem Wochenende 37 Mitgliederversammlungen, in denen die Mitgliedschaft „überzeugt“ wurde. Im Ergebnis wurde eine neue Leitung etabliert mit August Creutzburg als Politsekretär. Von den insgesamt 18 Leitungsmitgliedern der Bezirksleitung wurden nur neun Mitglieder in Kaiserslautern gewählt, die anderen neun wurden vom ZK „ergänzt“.¹⁸ Nicht umsonst kritisierte die Opposition in der KPD solche Erscheinungen als weiteren Verfall der inneren Demokratie in der Partei. Creutzburg blieb bis zum 15. April 1928 in der Pfalz.

Bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 wurde August Creutzburg in Magdeburg als Kandidat nicht mehr aufgestellt. Dafür setzte man ihn im Wahlbezirk Westfalen-Süd an die dritte Stelle der Kandidatenliste der KPD nach Wilhelm Florin und Walter Ulbricht. Letztere wurden dann auch gewählt, für August Creutzburg reichten die Stimmen nicht mehr, weil die Stimmenzahl in diesem Bezirk für die KPD um sieben Prozent zurückgegangen war. So war er zwischen 1928 und 1930 nicht Mitglied des Reichstags. Die mit der Tätigkeit als Abgeordneter verbundene Immunität entfiel, was von denjenigen, denen seine publizistische Tätigkeit in der Zeitschrift „Die Reichswehr“ ein Dorn im Auge war, sofort zur Anklage wegen

16 Siehe Protokoll der BL-Sitzung Saargebiet am 8.10.1927, SAPMO BArch, RY 1/I 3/24/18, Bl. 149.

17 Protokoll der BL-Sitzung Saargebiet am 26.9.1927, ebenda, Bl. 145.

18 Siehe Protokoll der BL-Sitzung Baden Pfalz am 1.2.1928, SAPMO BArch, RY 1/I 3/25/ 5, Bl. 93.

„Hochverrats“ genutzt wurde. Nachdem das Verfahren bis vor den Oberreichsanwalt gelangt war, wurde es jedoch eingestellt.

Von Juli 1928 bis April 1929 war August Creutzburg mit kurzen Unterbrechungen Organisationssekretär der Bezirksleitung Ruhrgebiet. In einem persönlichen, streng vertraulichen Brief schrieb er Ende Januar 1929 an Franz Dahlem, er wolle verschiedenen Gerüchten entgegentreten, mit denen er 1926 in der Bezirksleitung Niederrhein schon traurige Erfahrungen machen mußte. Er erklärte, daß er die Absicht habe, am 1. Februar seine Anstellung zu kündigen, da so ungefähr jeder Politik auf eigene Faust macht. „Daß dabei die Partei leiden muß, steht außer Zweifel. Ich selbst habe mir die größte Mühe gegeben, mit den Genossen kameradschaftlich zusammenzuarbeiten und durch Eingreifen und fachliche Kritik die Dinge zu ändern. Zur Zeit ist das ohne Zweifel auch gelungen. Seit zwei Monaten aber kämpfe ich innerlich mit mir selber, ob ich bei diesen Verhältnissen die Verantwortung weiter tragen kann. Jetzt ist für mich klar, daß dies ohne personelle Veränderungen nicht möglich ist. Andererseits ist mir ebenso klar, daß, da die Genossen Florin und Schubert das volle Vertrauen des ZK haben, an solche personelle Änderungen nicht zu denken ist. Einen Kampf zu führen, halte ich aber angesichts der innerparteilichen Lage und angesichts der Tatsache, daß ich das Vertrauen des ZK nicht besitze, für unmöglich. Aus all diesen Gründen bleibt mir nur die eine Möglichkeit, meine bezahlte Parteifunktion niederzulegen und an anderer Stelle entsprechend meinen Kräften für die Partei zu arbeiten. Ich bitte Dich dringend, von diesem Schreiben keinerlei Gebrauch zu machen.“¹⁹

Creutzburg nahm als Delegierter des Ruhrgebiets am 12. Parteitag der KPD vom 8. bis 15. Juni 1929 in Berlin-Wedding teil. Für das Ruhrgebiet wirkte er in der Politkommission unter der Leitung von Thälmann und Remmele sowie in der Org.-Kommission unter der Leitung von Dahlem und Flieg.²⁰ Der Parteitag kam zu der Auffassung, daß in Deutschland die relative Stabilisierung des Kapitalismus bald zu Ende gehen und eine Revolution heranreifen werde. Die Sozialfaschismus-These der KI wurde übernommen. Es gab Bestrebungen, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO), die 1928 zunächst nur als Sammelbecken für oppositionelle Kräfte innerhalb des ADGB und für ausgeschlossene Gewerkschaftsmitglieder gegründet worden war, als selbständige Gewerkschaft zu etablieren. Diese Ansichten gewannen auf dem V. Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI) im August 1930 in Moskau die Oberhand. Entsprechende Beschlüsse faßte dann auch der 2. Reichskongreß der RGO im November 1930. Die Kluft zwischen der KPD und der SPD vertiefte sich beträchtlich, in einer Zeit, in der ein Zusammengehen antifaschistischer Kräfte besonders notwendig gewesen wäre.²¹ Viele Mitglieder der

19 Brief Creutzburgs an Dahlem, 29.1.1929, SAPMO BArch, RY 1/I 3/18-19/23, Bl. 78.

20 Siehe 12. Parteitag der KPD, Berlin-Wedding 8.-15. Juni 1929, Fragespiegel für Delegierte, SAPMO BArch, RY 1/I 1/ 1/28, Bl. 58f.; RY 1/I 1/ 1/27, Bl. 167, 179.

21 Siehe Thomas Kurz: Blutmai. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Bonn-Berlin 1988.

KPD sahen im „Blut-Mai“ 1929 die Bestätigung für die „Sozialfaschismus-Theorie“, da man mit den „kleinen Zörgiebels“ nicht zusammenarbeiten könne.

Am 26. Juni 1929 stimmte das Politbüro der Berufung von August Creutzburg als Leiter der Org.-Abteilung des ZK zu. In dieser Funktion nahm er an vielen Parteikonferenzen als Instrukteur und Redner der Zentrale teil, darunter in Moskau. Am 2. Februar 1931 sandte Wilhelm Pieck an Thälmann aus Moskau einen Bericht über das Plenum des ZK und den Org.-Bericht der KPD vor dem mittteleuropäischen Ländersekretariat der Komintern: „Der Bericht von Gen. Creutzburg über die Orgarbeit der Partei war sehr gut und hat den besten Eindruck hier bei allen Genossen hervorgerufen. Der Bericht zeigte den Fortschritt, den die Partei auch in organisatorischer Hinsicht in der letzten Zeit gemacht hat, wobei besonders die Belebung dieses Berichts durch Zahlenmaterial sehr wesentlich war, auch, daß Gen. Creutzburg in seinem Bericht die Arbeit auf den verschiedenen Gebieten durch die praktischen Beispiele aus der Arbeit selbst illustrierte, hat sehr gut gewirkt. Gen. Pjatnitski machte wiederholt den Versuch, durch Zwischenfragen festzustellen, ob Gen. Creutzburg auch die Arbeit in der Praxis beherrsche. Die Antworten, die Gen. Creutzburg sofort auf Zwischenfragen gab, haben den Gen. Pjatnitski überzeugt, daß Gen. Creutzburg im Unterschied zu vielen Berichterstattern absolut sattelfest in der Arbeit ist. Er hat das auch in der Diskussionsrede ausdrücklich hervorgehoben. Der Bericht nahm mit einer einmaligen Unterbrechung sechs Stunden in Anspruch. Gen. Creutzburg hat hier noch den Auftrag bekommen, einen größeren Artikel in der ‚Prawda‘ über die Orgarbeit zu schreiben. Ferner soll Gen. Creutzburg einen längeren Artikel über die Orgarbeit für die ‚Kommunistische Internationale‘ schreiben.“²² Der Artikel erschien dort unter der Überschrift „Der Stand der Organisationsarbeit der KPD und ihre nächsten Aufgaben“.

In seinem Vortrag hatte August Creutzburg betont, daß seit Juni 1929 insgesamt acht Bezirksleitungen vollständig verändert worden waren und neue Kräfte kooptiert wurden. Durch Fluktuation war von 50.000 Neuaufnahmen nichts geblieben. Als Gründe nannte er den unzureichenden Instrukteurstab. Es gebe viele Multifunktionäre. Alte Funktionäre zeigten Überheblichkeit im Umgang mit dem Nachwuchs. 31,9 Prozent der Mitgliedschaft hatten Parteifunktionen. Im übrigen waren 52 Prozent der Mitglieder erwerbslos, mit acht Prozent war der Frauenanteil gering.²³

Zu den wesentlichen Gründen der hohen Fluktuation, die Creutzburg nicht erwähnte, gehörten 1. die schlechte wirtschaftliche Lage der Parteimitglieder, die zur Zahlung der Parteibeiträge, des Zeitungsabonnements und des Rote-Hilfe-Beitrags verpflichtet waren, 2. die Inanspruchnahme fast der gesamten Freizeit der Mitglieder durch die Partei, 3. die Stimmungsmache in den Betrieben gegen Kommunisten.

²² Berichte der Vertretung der KPD beim EKKI an das Sekretariat der KPD in Berlin, 2.2.1931, SAPMO BArch, RY 5/I 6/ 3/219, Bl. 8-11.

²³ Siehe August Creutzburg: Die Organisations-Arbeit der KPD, Bd. 4 der Bücherei des Parteiarbeiters, Hamburg-Berlin, 1931.

Seit November 1931 war August Creutzburg auch verantwortlicher Geschäftsführer der „Vereinigten Zeitungs-Verlage“, Berlin, Kleine Alexanderstraße 28 (Karl-Liebnecht-Haus). Er zeichnete gleichfalls für den KPD-Verlag „Volksecho“ verantwortlich, in dem unter anderem die Zeitungen „Volks-Echo für das werktätige Volk der Provinz Brandenburg-Grenzmark-Lausitz“ mit Ernst Schneller als Chefredakteur (bis 1931) und „Volksecho, Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Technik und Wissen“ erschienen. Er war als Journalist auch Mitglied im 1928 gegründeten Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller und presserechtlich Verantwortlicher für zahlreiche Publikationen.²⁴ In den Jahren 1929 bis 1932 schrieb August Creutzburg viele Artikel für die Zeitschriften „Der Parteiarbeiter“ und „Die Internationale“. Neben Hermann Duncker, Fritz Heckert, Edwin Hoernle, Hermann Remmele, Fred Oelfner, Heinrich Rau, Wilhelm Pieck, Ernst Schneller, Ernst Thälmann und vielen anderen war er Lehrer an der Reichsparteischule der KPD in Berlin-Fichtenau.

Infolge der Beschlüsse der ZK-Tagung am 24. Mai 1932 wurden umfangreiche organisatorische Veränderungen in der Parteispitze vorgenommen: Das Sekretariat wurde von acht auf drei Personen reduziert, die Org.-Abteilung mußte nunmehr ein Politbüromitglied leiten. Bis 7. Juni 1932 blieb August Creutzburg Leiter der Org.-Abteilung, dann übernahm wieder Franz Dahlem die Leitung. Bis zum KPD-Verbot 1933 war er dann stellvertretender Leiter der Org.-Abteilung.

Im Dezember 1932 wurden zur Umstellung der KPD auf die Illegalität acht Oberbezirke zur Anleitung der 28 Bezirke gebildet. Die Anleitung eines Oberbezirks oblag jeweils einem dem Sekretariat persönlich verantwortlichen Instrukteur. Für den Oberbezirk 1, Berlin-Brandenburg-Lausitz-Pommern, wurde August Creutzburg eingesetzt.²⁵ Doch sowohl die Komintern als auch die KPD-Führung weigerten sich hartnäckig, zur Kenntnis zu nehmen, daß am 30. Januar 1933 nicht nur die Weimarer Republik, sondern auch die KPD eine vernichtende Niederlage erlitten hatte und die Partei sich in einem schweren und opferreichen Überlebenskampf befand. In der Resolution des EKKI-Präsidiums zur Lage in Deutschland vom 1. April 1933 wurde vielmehr ausdrücklich unterstrichen, daß in Deutschland die „Revolution“ heranreife. Die KPD sei deshalb verpflichtet, alle notwendigen Vorbereitungen für die „proletarische Revolution“ zu treffen.²⁶

Nach dem Reichstagsbrand im Februar 1933 arbeitete August Creutzburg zusammen mit seiner Lebensgefährtin Cläre Vater illegal in Berlin und Hamburg. August hatte Cläre 1929 als Sekretärin der Org.-Abteilung der Roten Hilfe Deutschland kennengelernt. Creutzburg nahm am 7. Februar 1933 im „Sporthaus Ziegenhals“ bei Niederlehme, nahe Berlin, an der illegalen Sitzung des ZK teil, auf der Thälmann eine Rede hielt. Thälmann wollte die Machtergreifung der Nazis

24 Siehe Christoph M. Hein: Der Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, Biographie eines kulturpolitischen Experiments in der Weimarer Republik, Hamburg 1981, S.288.

25 Siehe Margot Pikarski: Die Umstellung der KPD auf die Illegalität, Mai 1932 - Sommer 1934, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 1978, H. 5, S.719-733.

26 Siehe Bernd Kaufmann u. a.: Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, Berlin 1993, S.307.

nicht als Niederlage gewertet wissen, sondern als Startsignal zum revolutionären Umsturz. Am 24. Dezember 1933 emigrierte August Creutzburg auf Beschluß der Partei nach Prag. Auf Beschluß des Politbüros vom 19. Januar 1934 übernahm er ab Februar die Leitung der „Grenzstelle West“ in Amsterdam, um dort die Emigration aufzubauen und weitere illegale Grenzübergangsstellen zu schaffen. Im Protokoll der Sitzung vom 6. Februar 1934 heißt es unter Personalien: „Burger (ein Deckname Creutzburgs - der Autor) ist eingetroffen und fährt nach Amsterdam, um dort anstelle von Heinrich die Grenzarbeit zu machen.“ Nach kurzer Zeit war es möglich, die Emigration besser zu erfassen und von Spitzeln zu säubern. In Holland wurde auch die „Rote Fahne“ gedruckt, die von dort nach Deutschland verteilt wurde. August Creutzburg gelang es, die Finanzierung der „Roten Fahne“ auf eine solide Basis zu stellen. So konnte die Anzahl der gedruckten Exemplare von anfänglich 4.000 auf 12.000, in Spitzenzeiten auf bis zu 25.000 Exemplare gesteigert werden. Er organisierte regelmäßige Schulungen und publizierte unter dem Pseudonym B. Krieger Artikel in der Zeitschrift des EKKI „Die Kommunistische Internationale“.²⁷ Am 4. Februar 1935 wurde August Creutzburg durch Spitzelverrat in Holland entdeckt und verhaftet. Der in Holland eingesetzte Jugendleiter Willi Giersch war schwer lungenkrank und sollte in die UdSSR zur Genesung fahren. Das ZK teilte mit, daß ein neuer Jugendfreund geschickt würde. Dieser erwies sich jedoch als Verräter. Der bisherige Jugendleiter und zwei weitere Genossen wurden zusammen mit August Creutzburg verhaftet. Das Büro blieb unentdeckt und konnte an den Nachfolger von Creutzburg übergeben werden. Auf Grund von Protesten, Kundgebungen und Demonstrationen für das Asylrecht in den Niederlanden und nach einem Hungerstreik wurden die Verhafteten nach drei Monaten aus dem Konzentrationslager Honswijk freigelassen und nach Brüssel abgeschoben. Von Brüssel begaben sich August Creutzburg und Cläre Vater unverzüglich nach Paris zur Auslandsleitung der KPD. Hier nahm August Creutzburg noch am 25. April 1935 an der Schlußsitzung der internationalen Jugendkonferenz für Frieden, Freiheit und Fortschritt teil. Er hielt dort als ehemaliger Reichstagsabgeordneter eine Rede.²⁸ Von Paris führte der Weg Ende Mai 1935 über die Schweiz, Österreich, die ČSR und Polen in die UdSSR. Am 28. Mai 1935 trafen August und Cläre in Moskau ein. Zunächst mußte neben vielen Fragebögen und Anträgen ein ausführlicher Bericht über die Grenzarbeit in Amsterdam verfaßt werden. Vom 4. Juni bis 1. November 1935 war Creutzburg Referent im Mitteleuropäischen Sekretariat der Roten Gewerkschaftsinternationale. Doch bald geriet er in das Räderwerk der innerparteilichen Verfolgung. In Moskau konnte sich das „sehr gute Gedächtnis“ des Herbert Wehner entfalten. Hatte August Creutzburg doch am 26. April 1934 aus Amsterdam an die Auslandsleitung nach Paris geschrieben: „Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch

²⁷ Siehe Einige Bemerkungen über die Arbeit der KPD unter den neuen Bedingungen, in: Die Kommunistische Internationale, 1933, H. 5; Einige Bemerkungen über die illegale Arbeit der KPD, in: ebenda, 1933; H. 14; Einige Bemerkungen über die Orgarbeit der KPD, in: ebenda, 1934, H. 9.

²⁸ Siehe Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, (Basel), 25.4.1935, S.977.

den Verstand. Leider scheint es aber auch bei uns vorzukommen, daß einer zwar ein Amt, aber keinen Verstand, sondern einen Vogel bekommt, der darin besteht, daß ihm das Amt zu Kopf steigt und er sich für den Führer der Partei hält. Mir scheint das z.T. auf unseren Freund H.W. zugetroffen zu haben [...].²⁹

Aus einem Geheimbericht über das Treffen Herbert Wehners mit dem damaligen Leiter der Kaderabteilung der Komintern Anton Krajewski (d.i. Wladyslaw Stein) vom 21. Juni 1935 geht hervor, daß Wehner sich schon zu diesem Zeitpunkt Creutzburg als Sündenbock für die Verhaftung der insgesamt 42 Genossen in den Niederlanden ausgesucht hatte. Creutzburg hatte zwar aus dem Gefängnis heraus mittels Kassiber und über den Rechtsanwalt der „Roten Hilfe“ gewarnt, daß Kroll alias Joos der Spitzel sei, der alle verraten habe. Doch man schenkte diesen Warnungen ebenso wenig Glauben, wie den Warnungen von Cläre Vater und Charlotte Müller, der Frau des Jugendleiters. In dem Geheimbericht hieß es: „Weiterhin ist die Frage der Einleitung des strengsten Parteiverfahrens gegen Kreuzburg in den Unterlagen enthalten. Übrigens habe ich schon mit Pieck darüber gesprochen. Er unterstützt völlig eine solche Fragestellung. Man muß daraus eine große Sache machen.“³⁰

Tatsächlich erhielt Wehner am 13. Juli 1935 von Pieck den Auftrag zur Untersuchung der gegen Creutzburg erhobenen Beschuldigungen.³¹ Das Parteiverfahren gegen Creutzburg begann am 20. August 1935. Die Sitzungen der Kommission fanden bis zum 3. September 1935 statt. Wie aus den Notizen Wehners hervorgeht, hatte er fleißig Argumente gegen Creutzburg gesammelt. Am 8. Januar 1934 hatte das Politbüro beschlossen, als Ersatz für die Landesleitung Berlin die Genossen Wahls, Daub, Stamm, Jendretzky und Creutzburg vorzusehen. Wehner nutzte die Berichterstattungen an die Auslandsleitung in Paris, um Wahls, Daub und Creutzburg zu denunzieren und sich selbst zu loben. Das Zerwürfnis mit Creutzburg und Wahls hatte im Frühjahr 1934 auch das Politbüro-Mitglied Franz Dahlem nicht beheben können. Ende April 1934 war Wehner nach Paris zur Berichterstattung vor dem Politbüro der KPD gefahren, um dort nicht zuletzt über Creutzburg und Wahls zu klagen. Doch im Protokoll der 54. Sitzung vom 4. August 1934 war Creutzburg für die Besetzung der Grenzstellen nochmals bestätigt worden. Noch am 11. Juli 1934 hatte Creutzburg von Anschwärmungen Kenntnis bekommen und erklärt: „Ich fordere eine Untersuchung der Angelegenheit. [...] Aufgrund all dieser Tatsachen erkläre ich nochmals, daß ich es satt habe, Gegenstand blöder Intrigen zu sein, und daß ich von Euch eine rasche Erledigung der Angelegenheit erwarte.“³² Doch die Untersuchungskommission in Holland hatte kein Interesse, die

29 Schreiben Creutzburgs an die Auslandsabteilung der KPD, 26.4.1934, SAPMO BArch, RY 1/I 2/ 3/326, Bl. 48.

30 Mitteilung des Genossen F. Bericht über eine Beratung am 21.6.1935 bei Krajewski, Russisches Staatliches Archiv für soziale und politische Geschichte (RGASPI), f.495, op. 205, d. 6399, Bl. 12-17.

31 RGASPI, f.495, op. 205, d. 6399, Bl. 18.

32 Schreiben Creutzburgs an die KP-Auslandsleitung in Paris, 11.7.1934, SAPMO BArch, RY 1/I 2/ 3/326, Bl. 58-60.

wahren Gründe der Verhaftungen aufzudecken, da sie eine Untersuchung gegen sich selbst hätte führen müssen. Auch hätten die Verbindungen zum zentralen militärischen Apparat der KPD, dessen Zweig sie war, und zum Auslandsapparat der Komintern bzw. des NKWD untersucht werden müssen. August Creutzburg erklärte auch in Moskau offen, daß nur eine „sogenannte Untersuchung“ von Leuten eingeleitet worden sei, die ihre eigenen Fehler verdecken wollten. Nun wurden neue Vorwürfe konstruiert. Am 27. August 1935 teilte Paul Peschke dem Politbüro mit, Creutzburg habe auf der dem VII. Weltkongreß der KI nachfolgenden Gewerkschaftskonferenz aus der Schlußrede Dimitroffs das Vorhandensein einer „prinzipienlose Fraktion“ in der deutschen Delegation, bestehend aus Ulbricht, Dahlem, Merker und Bertz, hergeleitet. Dieser Vorwurf wurde mehr und mehr Schwerpunkt der Untersuchung.

Die Kommission, bestehend aus Wehner, Brückmann und Pfordt, schlug vor, eine Parteistrafe zu erteilen. Sie erklärte, Creutzburg sei ungeeignet, eine solch verantwortungsvolle Funktion zu bekleiden, wie er sie ausgeübt hatte.³³ Am 24. Oktober 1935 wandte sich Creutzburg mit einer Beschwerde an die Kontrollkommission der KI. „Am 23.10. ds. Js. wurde mir nachfolgender Beschluß des PB des ZK der KPD zugestellt: ‚Das PB des ZK hat zum Ergebnis der gegen Dich geführten Untersuchung beschlossen, Dich wegen ungenügender Beachtung konspirativer Regeln und wegen Verbreitung von Gerüchten parteizersetzenden Charakters von der Arbeit der RGI zu entfernen. Gegen diesen Beschluß steht Dir das Beschwerderecht an die Kontrollkommission zu.‘ Von diesem Recht mache ich hiermit Gebrauch, lege gegen den Beschluß Beschwerde ein und bitte die Kontrollkommission, die Untersuchung soweit wie möglich zu beschleunigen. Zu meiner Person und zur Sache selbst möchte ich hier nur kurz nachfolgende Bemerkung machen: Meine Beschwerde richtet sich nicht gegen den sachlichen Inhalt des Beschlusses. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Partei allein entscheidet, wo ich mich politisch betätigen und arbeiten soll. Meine Beschwerde richtet sich aber gegen die Begründung dieses Beschlusses, die ich für völlig abwegig halte.“³⁴ Creutzburg bat darum, ihn in einem Betrieb der Sowjetunion, möglichst in seinem Beruf als Lackierer, arbeiten zu lassen.

Am 1. November 1935 wurde August Creutzburg, wie es hieß auf „Empfehlung“ von Fritz Heckert, aus der Roten Gewerkschaftsinternationale ausgeschlossen. Damit war er automatisch erwerbslos. Seine Lebensgefährtin Cläre Vater, die zunächst bei der Komintern den VII. Weltkongreß mit vorbereitet hatte und nun für vier Wochen im Kaukasus zur Erholung weilte, erfuhr nach ihrer Rückkehr, daß man auch sie als Frau des August Creutzburg aus der Komintern entlassen hatte. Am 21. November 1935 teilte Wilhelm Pieck Genossen Krieger (Deckname von A. Creutzburg in der UdSSR) mit: „Werter Genosse! Die IKK [Internationale

33 Kommission zur Untersuchung in Sachen Creutzburg, Bericht über die Vernehmung Creutzburgs am 3.9.1935, RGASPI, f.495, op. 205, d. 6399, Bl. 65, 65a..

34 Schreiben Creutzburgs an die Kontrollkommission der KI, 24.10.1935, ebenda, Bl. 31-34.

Kontrollkommission] teilt uns mit, daß sie Deine Sache nicht behandeln kann, da Dir keine Parteistrafe auferlegt war.“³⁵

Creutzburg bat Pieck um eine Aussprache, die ihm Pieck schon am 28. Oktober 1935 in Aussicht gestellt hatte, die aber nie stattfand. Am 29. November 1935 schrieb Creutzburg daraufhin an Dimitri Manuilski und bat um eine Unterredung. Auch die kam nicht zustande. „Das Politbüro hatte weder Lust noch Zeit, sich mit Untersuchungen und mit der Bewertung von Menschen anhand der von uns gemachten Erfahrungen zu befassen“, stellte Herbert Wehner später fest. Doch das Politbüro unter Mitwirkung von Wehner befaßte sich sehr wohl mit Creutzburg, und zwar in der o. g. Weise. Wehner muß gewußt haben, welche Konsequenzen das angestrenzte Parteiverfahren haben würde.

Die SED hatte später ebenfalls kein Interesse an der Klärung der Wahrheit über das Verschwinden von August Creutzburg. Insbesondere Walter Ulbricht nicht, denn am 7. Dezember 1934 hatte Creutzburg aus Amsterdam geschrieben: „Wenn ich [...] jetzt an Euch schreibe, so weil ich mit dem Artikel ‚Der Weg zur Aktionseinheit in Deutschland‘ von Walter, Mitglied des ZK der KPD, in mehrerlei Hinsicht nicht einverstanden bin. [...] Aber was macht Walter aus unserer Partei? Nach ihm gibt es in unserer Partei folgende Gruppierungen, Tendenzen oder Strömungen:

1. Sektierer, die die Hauptgefahr sind,
2. Versöhnler zu den Sektierern,
3. Opportunisten,
4. Solche, die nur vom Opportunismus reden aber nicht konkret dagegen kämpfen,
5. Versöhnler zu den Opportunisten,
6. Gerüchtemacher,
7. Prinzipienlose.

Wo der bolschewistische Kern unserer Partei, oder ob er überhaupt noch vorhanden ist, sagt Walter nicht. Ich glaube, eine solche Einschätzung unserer Partei, wie sie Walter gibt, ist nicht nur absolut falsch und ein Angriff auf unseren Führer Thälmann und die Komintern, sondern ist auch geeignet, sie in den Augen der Arbeitermassen herabzusetzen und damit ihre Autorität zu untergraben. [...] Was hat diese ganze Katalogisierung in linke, linke Versöhnler, rechte Versöhnler und Rechte für einen Sinn? Politisch kann das doch nur bedeuten, die Partei in einem Augenblick, wo sie mehr als je eiserne Geschlossenheit braucht, in Gruppen aufzulösen.“³⁶ Damit war August Creutzburg bei der „Kleinen Kaderkommission“ der KPD, die aus Walter Ulbricht, Herbert Wehner und Philipp Dengel bestand, absolut erledigt. Was konnte er von diesen also noch erwarten?

Es dauerte bis Mai 1936, bis August Creutzburg endlich wieder eine Anstellung bekam, in der Stadt Engels an der Wolga als Lektor im Staatsverlag der Wolgadeutschen Republik.

35 Schreiben Piecks an Creutzburg, 21.11.1935, ebenda, Bl. 46.

36 Schreiben Creutzburgs an die KPD-Auslandsabteilung, 7.12.1934, SAPMO BArch, RY 1/I 2/ 3/326, Bl. 83-86.

Am 9. Mai 1936 schrieb die Kaderabteilung der KPD (Grete Wilde alias Erna Mertens) dem Sekretariat Dimitroff: „Genosse Creutzburg ist auf Grund eines Beschlusses des Polbüros nach der Brüsseler Parteikonferenz von verantwortlichen Funktionen enthoben worden. Beim Polbüro bestand eine Kommission, die die Angelegenheit Creutzburg untersuchte. Solange die innerparteilichen Differenzen waren, konnte die Angelegenheit nicht restlos geklärt werden. Creutzburg wurde verantwortlich gemacht für die Verhaftungen im Jahre 1934 in Amsterdam, wodurch faktisch der ganze Parteiapparat kaputt gegangen war. Wenn er auch durch den Spitzel Kroll verhaftet wurde, so konnten doch nur durch seine dekonspirative Arbeit die Verhaftung einen solchen Umfang annehmen. Gleichzeitig ist Creutzburg bekannt als Schwätzer, er kolportierte in Amsterdam eine Reihe von Gerüchten im Zusammenhang mit dem Kirow-Mord, die sich parteischädigend auswirken mußten. Auch hier in Moskau haben diese Gerüchte nicht aufgehört, an der Verbreitung dieser Gerüchte nahm er Anteil. Creutzburg war vorgeschlagen zur Arbeit unter ausländischen Arbeitern, warum sich seine Anstellung als Instrukteur für ausländische Arbeiter verzögerte kann nicht genau festgestellt werden, da Genosse Müller sich in Urlaub befindet, kann aber ergänzt werden. Die Deutsche Vertretung hat ihm nach Rücksprache mit der Kaderabteilung auf Grund seines Briefes vom 28.4. mitgeteilt, daß sie seine Arbeit in der Wolgadeutschen Republik befürworten wird.“³⁷

Aus Engels schrieb Creutzburg wenig später an die deutsche Vertretung beim EKKI: „Werte Genossen, Euch ist bekannt, daß ich nunmehr seit einem Monat in Engels im Deutschen Staatsverlag arbeite. Auf Grund der Euch bekannten Vorgänge hier, ist es nur zu begreiflich, daß die hiesigen Genossen nicht mit allzu großer Begeisterung deutsche Genossen an verantwortliche Funktionen lassen. Mich hindert das natürlich nicht, in jeder Beziehung meine Pflicht zu tun und mir durch mein Verhalten und Arbeit das notwendige Vertrauen zu erwerben. Und doch bestehen einige Schwierigkeiten, um den Genossen hier mit meinen ganzen Kräften zu helfen. Diese besonderen Schwierigkeiten bestehen darin, daß ich 1. nicht russischer Staatsbürger und 2. nicht Mitglied der KPdSU(B) bin. Ich kenne weder die Beschlüsse, die in dieser Frage vorliegen, noch ist mir die Praxis, diesem Mangel abzuweichen, bekannt. Ich weiß nur, daß mir bei meiner Ankunft in Moskau von der Deutschen Vertretung beim EKKI mitgeteilt wurde, daß ich mich nicht um die russische Staatsbürgerschaft bewerben sollte. Die Gründe, die damals dafür angegeben wurden, sind nunmehr, da ich in Engels arbeite, nicht mehr stichhaltig. Ich bitte Euch deshalb dringend, das nötige veranlassen zu wollen, damit sowohl ich, August Krieger (Creutzburg), wie auch meine Frau, Cläre Vater, (die ebenfalls in Engels arbeitet, bald die russische Staatsbürgerschaft erhalten (die Sache eilt schon deshalb, weil Anfang Juli unsere Aufenthaltsbewilligung abgelaufen ist) und unsere Überführung in die KPdSU (B) erfolgt.“³⁸ Die Prüfungskommission für die

37 Schreiben Mertens' an das Sekretariat Dimitroff, 9.5.1936, RGASPI, f.495, op. 205, d. 6399, Bl. 75.

38 Schreiben Creutzburgs, 15.6.1936, ebenda, Bl. 78, 78R..

Aufnahme in die KPdSU kam am 27. August 1936 zu dem Schluß: „Da aus den vorhandenen Unterlagen nichts Nachteiliges über die politische Tätigkeit des Genossen Creutzburg in Deutschland und in der Sowjetunion vorliegt, beschließt die Kommission, ihn für die Überführung in die WKP(B) vorzuschlagen.“³⁹ Der Vertreter der KPD beim EKKI (Heinrich Wiatrek alias Fritz Weber) fügte jedoch handschriftlich ein: „In der Profintern, wo der Gen. zuletzt arbeitete, hatte der Gen. sich nicht parteimäßig benommen. Auf Beschluß des Polbüros ist er deshalb von dieser Arbeit entfernt worden. Er sollte nach dem gleichen Beschluß nicht für politische Arbeit verwendet werden. Aus diesen Gründen wird eine Überführung noch nicht für zweckmäßig gehalten. Die deutsche Vertretung schlägt vor, ihn eine gewisse Zeit arbeiten zu lassen, um dann, nachdem er sich in der Praxis bewährt hat, erneut zu seiner Überführung Stellung zu nehmen.“

Im August 1936 begann der Prozeß gegen das „Trotzkistisch-sinowjewistische terroristische Zentrum“, im Januar 1937 der gegen das „sowjetfeindliche trotzkistische Zentrum“. Mitte 1936 „entlarvte“ man im Verlaufe der Überprüfung der Parteidokumente in der Wolgadeutschen Republik „eine konterrevolutionäre trotzkistische Organisation“, an deren Spitze der ehemalige 2. Vorsitzende des RFB, das Mitglied des Reichstags und des ZK, Willy Leow, sowie andere Politemigranten gestanden haben sollten.

Am 20. September 1937 wurde August Creutzburgs und Clara Vaters Tochter Tamara geboren. Trotz dieser Freude verlief das Leben keineswegs normal, die Verhaftungswelle von Mitkämpfern entsetzte beide. Über Creutzburg wurden Informationen gesammelt. Artikel im „Bolschewik“ (Zeitung des Gebietskomitees der KPdSU(B) der Wolgadeutschen Republik) am 3. Oktober 1937, in den „Nachrichten“ (deutschsprachige Zeitung des gleichen Gebietskomitees) am 4. Oktober 1937 und wieder im „Bolschewik“ am 23. November 1937 „entlarvten“ den „deutschen Offizier Krieger“ und seine „Machenschaften“ als Vorsitzender des Gewerkschaftskomitees im deutschen Staatsverlag. Dagegen setzte sich August am 27. November 1937 gemeinsam mit Fritz Müller (Fritz Franken) in einem Brief an das Sekretariat der Komintern zur Wehr. Am 8. Januar 1938, gleich nach der Aussprache mit dem Gebietssekretär der KPdSU Popok, schrieb Creutzburg nochmals an Pieck. Er teilte mit, am 21. oder 22. Januar persönlich in Moskau vorsprechen zu wollen, doch dazu kam es nicht mehr.

Am 10. Februar 1938 wurde August Creutzburg verhaftet. Am 28. Oktober 1938 verurteilte ihn die Sondersitzung des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR entsprechend den Paragraphen 58-6 und 58-8 des Strafgesetzbuchs der RSFSR (Spionage; terroristische Tätigkeit) zur Höchststrafe, d.h. zum Erschießen, und zur Konfiskation seines Eigentums. Die von ihm unter Folter erpreßten Aussagen, er sei ein Gestapo-Agent und Trotzkist und habe die Genossen Thälmann und Scheer an die Gestapo verraten, wurden von ihm widerrufen. Durch erneute Folterungen wurde der Widerruf widerrufen. Die Fälschungen waren offenbar so

39 Einschätzung der Prüfungskommission, 27.8.1936, ebenda, Bl. 83f.

offensichtlich, daß der äußerst seltene Fall eintrat, daß der Generalstaatsanwalt A. Wyschinski gegen das Urteil Einspruch erhob. Das Oberste Gericht wandelte das Urteil am 14. November 1938 in 25 Jahre Lagerhaft um, doch August Creutzburg erfuhr davon zunächst nichts. Er wurde durch verschiedene Gefängnisse geschleift: 21. September 1938 bis 15. März 1939 Gefängnis Sasakow, 21. März 1939 bis 21. Juni 1939 Novotscherkassk, 2. Juli 1939 bis 15. November 1939 Solowetzker Insel im Weißen Meer, 27. November 1939 bis 3. Dezember 1939 Orel, 6. Dezember 1939 bis 18. Dezember 1939 Butyrka, ab 19. Dezember 1939 Orel.⁴⁰ Aus einem deutschen Vernehmungprotokoll des Rußlandrückkehrers Wilhelm Gesthuysen geht hervor, daß August Creutzburg seit Anfang Dezember 1939 gemeinsam mit Hugo Eberlein, Werner Hirsch, Erich Birkenhauer, Erich Bonzak, Franz Berger, Gustav Brünn, Walter Herold, Albert Ingwer, Franz Hagel in der Auslieferungszelle Nr. 97 des Butyrka- Gefängnisses inhaftiert war.⁴¹ Sie gehörten offenbar zunächst zum Kreis der vom NKWD ausgewählten rund 500 deutschen Kommunisten, die an die Gestapo übergeben werden sollten.⁴² So wurden u.a. die Lebensgefährtin von August Creutzburg, Clara Vater, mit Tochter Tamara am 28. Februar 1940 bei Brest-Litowsk der Gestapo übergeben. In der Butyrka erfuhr Creutzburg am 12. Dezember 1940 endlich, daß er zu 25 Jahren Haft begnadigt sei.

August Creutzburg protestierte mehrfach vergeblich gegen seine unrechtmäßige Verhaftung: in Eingaben an den Obersten Militärstaatsanwalt der UdSSR, mehrfach an den Vorsitzenden des Obersten Sowjets Michail Kalinin, am 14. Januar 1941 an Berija und am 30. Januar 1941 an Stalin. Der Generalstaatsanwalt der UdSSR erhob ein zweites Mal Einspruch gegen das Urteil. Daraufhin beschloß das Militärkollegium des Obersten Gerichts am 5. Juni 1941 die erneute Untersuchung des Falls Krieger August Alfredowitsch (Creutzburg), was eigentlich Freispruch zur Folge gehabt haben mußte.

Aber innerhalb von 17 Tagen sollte sich sein Schicksal wenden. Am 22. Juni 1941 überfiel Hitlerdeutschland die UdSSR. August Creutzburg wurde als politisches Tauschobjekt uninteressant, und so verurteilte ihn das Militärkollegium des Obersten Gerichts am 8. September 1941 erneut zum Tode. Die Front war rund 160 km entfernt. Und so beeilte man sich, die lästigen Gefangenen rasch zu beseitigen. Berija und sein Stellvertreter Kobulow wiesen die I. Sonderabteilung des NKWD an, eine Liste mit 170 Namen politischer Häftlinge des Gefängnisses der Hauptverwaltung Staatssicherheit des NKWD in Orel zusammenzustellen, die zusammen mit etwa weiteren 200 Leidensgenossen zum Strafvollzug im Politisolator von Orel einsaßen. Die Besiegelung des Schicksals der Todeskandidaten (161 statt 170) war nur noch Formsache. Sie wurden am 8. September 1941 nach Paragraph 58, Absatz 10, Teil 2 des Strafgesetzes der RSFSR durch ein Kollegium unter dem Vorsitz von W. W. Ulrich alle zum Tod durch Erschießen verurteilt.

40 Akte OF-31679, Bd. 2, Bl. 57.

41 Vernehmungprotokoll Gesthuysen, 21.5.1940, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Sign. V 9406/40.

42 Siehe Alan Bullock: Hitler und Stalin. Parallele Leben, Berlin 1998.

Unter ihnen befanden sich prominente Vertreter der russischen und der internationalen revolutionären Bewegung. Beispielsweise Maria Spiridonowa (ehemaliges Mitglied der Partei der Linken Sozialrevolutionäre), Christian Rakowski (1923 Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR), Olga Kamenewa (die Schwester von Trotzki und Frau von Kamenew). Von den deutschen und österreichischen Kommunisten seien hier Erich Birkenhauer (in der Liste Nr. 11 als Belfort-Birkenhauer) und August Creutzburg (in der Liste Nr. 50 als Krieger-Creutzburg) genannt. Am Morgen des 11. September wurden 157 Häftlinge einzeln in ein spezielles Zimmer geführt, wo man jedem einen Knebel in den Mund steckte und das Urteil verkündete. Anschließend wurden sie auf Lastkraftwagen mit schußsicheren Bordwänden zum vorbereiteten Hinrichtungsplatz 10 km von Orel entfernt in den sogenannten Medwedjewsker Wald gefahren und erschossen. Die Toten wurden in einem Massengrab verscharrt. Zur Tarnung pflanzte man die zuvor mit den Wurzeln ausgegrabenen Bäume wieder an ihren ursprünglichen Platz.⁴³

So fand der deutsche Kommunist August Creutzburg den Tod in dem Land, das er als Heimat aller Werktätigen geliebt und für dessen Ideale er über 30 Jahre gekämpft hatte.

Als Paul Creutzburg 1947 in Berlin beim Parteivorstand der SED Auskunft über den Verbleib seines Bruders August erbat, wurde er für fünf Tage im Speziallager Buchenwald inhaftiert. Die verhörenden sowjetischen Militärs und Max Fechner machten ihm klar, daß er keinen Bruder in der Sowjetunion hatte, es also keinen „Fall Creutzburg“ gäbe und er über alles zu schweigen habe.⁴⁴ Walter Ulbricht erklärte später, „daß wir uns an die zuständigen Stellen gewandt haben und daß wir keine Auskunft erhalten konnten. Wir besitzen daher keine näheren Mitteilungen darüber. [...] Die Angehörigen von in der Sowjetunion verschollenen Kommunisten, so z.B. der Sohn von August Creutzburg [Karl Spartakus], der Bruder von Hans Kippenberger, der Bruder von Fritz Schulte, die Mutter von Friedrich Stammberger und die Eltern von Erich Birkenhauer, ließen sich aber nicht mehr mit solchen Bemerkungen abspesen und drängten auf eine konkrete Auskunft.“⁴⁵

Die Zentrale Parteikontrollkommission der SED (ZPKK) beschloß am 21. Juli 1955 die Bildung einer Kommission zur Prüfung der Angelegenheiten von Genossen, die für lange Zeit in der Sowjetunion waren. Am 30. Mai 1956 wurde August Creutzburg von der ZPKK rehabilitiert. Damit wurden auch seine Kinder und die Familien seiner Brüder wie auch seine Lebensgefährtin Cläre Vater vom Verdacht, „Volksverräter“ zu sein, freigesprochen.

43 Siehe Die Tragödie im Medwedjewsker Wald. Über die Erschießung der politischen Häftlinge des Orlower Gefängnisses, in: *Iswestija ZK KPSS*, 1990, Nr. 11, S.124-131.

44 Auskunft von Paul Creutzburg, Sohn von Paul Creutzburg, Archiv des Verfassers.

45 Zitiert bei Peter Erler: *Die Rückführung deutscher Opfer des Stalinismus aus der UdSSR*, in: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.): *Kommunisten verfolgen Kommunisten*, Berlin 1993, S.426.

In Gotha erhielt 1977 eine Straße seinen Namen. In einigen Publikationen⁴⁶ wurde er nun erwähnt, insbesondere im Zusammenhang mit den Kämpfen zur Niederschlagung des Kapp-Putsches, aber sein weiteres Leben und die Umstände seines Todes wurden verschwiegen.

1 Siehe z. B. den eine Seite umfassenden Beitrag in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, Berlin 1970, S.75f.

**El cartel tricontinental de solidaridad –
Kubanische Solidaritätsplakate für drei Kontinente**
Originaldrucke aus der Sammlung von Richard Frick, Zürich

19. Mai bis 25. Juni 2004

Ausstellung in der Medien Galerie



ver.di Berlin-Brandenburg

Dudenstraße. 10 · 10965 Berlin-Kreuzberg

Öffnungszeiten: Montag – Donnerstag 12.00 – 19.00 Uhr

Die Ausstellung zeigt Originalplakate der 1996 in Havanna gegründeten Organisation der Solidarität mit Afrika, Asien und Lateinamerika (OSPAAL). Diese Plakate dokumentieren ein Stück Geschichte des revolutionären Plakates.

Die Schweizer Mediengewerkschaft »comedia« ermöglichte die Herausgabe des Buches, »El cartel tricontinental de solidaridad« in dem die 344 bis heute bekannten OSPAAL-Plakate zum ersten Mal dokumentiert sind.

**Veranstaltung in der Medien Galerie zusammen mit Cuba Sí:
Donnerstag, 17. Juni 2004, um 18 Uhr:**

Zwischen zwei Bücher passt immer ein Mojito

Dokumentarfilm über die XIII. Internationale Buchmesse 2004 in Havanna,
anschließend Gesprächsrunde über die Buchmesse in Havanna
mit Dietmar Koschmieder, Geschäftsführer Verlag 8. Mai
und Reinhard Thiele, Cuba Sí